

Ernährungsräte in NRW

Wird Ihre Partei eine ‚Zukunftsstrategie Ernährung NRW‘ mit der verbindlichen Einbindung aller Interessengruppen des Ernährungssystems (insbesondere Zivilgesellschaft und Organisationen) erarbeiten? Und wie wird Ihre Partei die Umsetzung ressortübergreifend gewährleisten?

In der von uns initiierten Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ haben wir bereits fraktionsübergreifend an Lösungswegen gearbeitet, wie die zukünftige Land- und Ernährungswirtschaft so gestaltet werden kann, dass Gesellschaft und Landwirtschaft gleichermaßen davon profitieren. Dabei ist vor allem die Beratung, Förderung und Vernetzung der regionalen Erzeugerinnen und Erzeuger von großer Bedeutung. Auch die Einbeziehung des Handels und der gesamten Lebensmittelkette mit dem Ziel, einen breiten Konsens zu erzielen, spielt eine wichtige Rolle. In unserer Regierungsverantwortung haben wir eine Initiative auf den Weg gebracht, mit der die Wertschöpfung der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft in NRW gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden sollen. Wir wollen das Label „Geprüfte Qualität NRW“ weiter ausbauen und damit mehr Wertschöpfung in unserem Land generieren, die auch beim Erzeuger ankommt. Außerdem gibt es zahlreiche kleinere Initiativen, die die Regionalvermarktung in unserem Land unterstützen. Diese wollen wir ebenfalls ausbauen und sichern.

Wir fordern die Einrichtung regionaler Wertschöpfungszentren. In diese sollen Kompetenzstellen für nachhaltige Verpflegungsangebote integriert sein, die Unterstützung gegen Lebensmittelverschwendung und für ökologische, saisonale, regionale Lebensmittel geben. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Gemeinsam mit den Beteiligten der gesamten Lieferkette möchten wir daran arbeiten, regionale Lebensmittel und damit unsere Landwirtschaft zu sichern und zukunftsfähig aufzustellen. Es gibt zahlreiche kleinere Initiativen, die die Regionalvermarktung in unserem Land unterstützen. Diese Strukturen wollen wir sichern und bedarfsgerecht ausbauen. Den Aufbau von mehreren Wertschöpfungszentren in NRW sehen wir kritisch. Wertschöpfungsketten sind nicht so kleinteilig, dass sie an der Bezirksgrenze aufhören. Dies führt automatisch zu Überlappung von Kompetenzen, was wiederum unnötige Kapazitäten und Finanzmittel bindet. Das würde unweigerlich zu erhöhter Bürokratielast, unnötigen Doppelstrukturen sowie deutlich erhöhten Kosten führen. Für eine effektive Förderung und Beratung für landwirtschaftliche Betriebe zur Regional- und Direktvermarktung bedarf es zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Daher ist es umso wichtiger die bestehenden Strukturen auszubauen, anstatt neue zu erschaffen. Anreize müssen im Markt geschaffen werden. Förderungen sollten nicht in staatliche Stellen fließen, sondern auch bei den Erzeugerinnen und Erzeugern ankommen.

Wird Ihre Partei den Flächenanteil des Ökolandbaus auf 25% bis 2030 ausbauen und dabei kurzfristig die Flächen der öffentlichen Hand umstellen? Wie werden Sie die Umstellung und Etablierung des Ökolandbaus sowie alternative Bewirtschaftungsformen und nachhaltige Vermarktungssysteme unterstützen?

Nordrhein-Westfalen braucht auch in der Zukunft eine starke heimische Landwirtschaft. Zentrale Voraussetzungen dafür sind optimale Rahmenbedingungen für moderne, nachhaltige, wirtschaftlich erfolgreiche, umweltverträgliche und verantwortungsvolle Betriebe. Innovative Lösungen können dazu beitragen, die unterschiedlichen Anforderungen an Landwirtschaft noch besser in Einklang zu bringen: Eine für die Betreiber auskömmliche Landwirtschaft, der Umwelt- und Tierschutz, eine hohe Qualität für die Verbraucherinnen und Verbraucher und erschwingliche Preise für gesunde Produkte.

Hiermit hat sich die von uns initiierte Enquetekommission im Landtag bereits intensiv befasst. In unserer Regierungsverantwortung haben wir eine Initiative auf den Weg gebracht, mit der die Wertschöpfung der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft in NRW gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden sollen. Biologischer und konventioneller Landbau sind für uns keine Gegensätze. Wir setzen uns für eine Vielfalt an Erzeugungssystemen ein.

Werden Sie ein Förderprogramm für die Umstellung kommunaler und privater Gemeinschaftsverpflegungen auf saisonale und vom Ziel her ökologisch produzierte Lebensmittel auflegen, die Umstellung/Weiterentwicklung durch die Kompetenzstellen unterstützen & die Landeskantinen bis 2024 gänzlich umstellen?

Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die vom Land betriebenen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung bei der Vergabe vor allem auf die Regionalität und Saisonalität von Produkten achten.

Täglich verlieren wir allein in NRW mehr als 19 ha Acker- und Grünlandfläche. Mit welchen Schutzmechanismen und Maßnahmen werden Sie ökologische Bodenfunktionen und landwirtschaftliche Fläche sichern? Wird ihre Partei den Flächenverbrauch bis 2025 auf <5 ha/Tag und bis 2035 auf Netto-Null begrenzen?

Grund und Boden sind begrenzt, geeignete Flächen sind jedoch für viele Zukunftsprojekte wichtig, etwa Infrastrukturvorhaben, den Wohnungsbau und die Landwirtschaft sowie für Industrie und Gewerbe. Für die begrenzte Flächenverfügbarkeit setzen wir auf innovative und sachgerechte Lösungen, die unversiegelte Flächen weitestmöglich erhalten und gleichzeitig Fortschritt und Entwicklung ermöglichen. Der Handel mit Kompensationsflächen kann zu einer enormen Beschleunigung von Vorhaben führen, von dem Natur und Vorhabenträger gleichermaßen profitieren, da die Kompensationsflächen bereits vor Maßnahmenbeginn existieren. Wir werden dafür sorgen, Ausgleichsmaßnahmen effektiver umzusetzen, indem wir dafür zentrale Koordinierungsstellen schaffen. Neben der Altlastensanierung wollen wir dabei auch Möglichkeiten zur Entsiegelung bzw. zum Rückbau nicht mehr der ursprünglichen Nutzung unterliegender Flächen einbeziehen. Durch Flächenrecycling wollen wir insbesondere auch Flächen für die Industrie nutzbar machen.

Werden Sie sich für ein Bundesgesetz zum Verbot des Wegwerfens von Lebensmitteln in Supermärkten einsetzen? Und wie werden Sie die verpflichtenden Maßnahmen der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung umsetzen?

Jährlich werden in Deutschland etwa zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel in den Müll geworfen. Mehr als die Hälfte der Lebensmittelverschwendung wird durch private Haushalte verursacht. Die Hauptgründe hierfür sind falsche Lagerung und schlechte Einkaufsplanung. Ein weiterer Grund ist der falsche Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD). Zu oft wird das MHD als Datum für Genussuntauglichkeit interpretiert. Hier müssen Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel mittels Informationskampagnen stärker sensibilisiert werden. Zusätzliche Anreize für Supermärkte und Restaurants können auch hier die Lebensmittelverschwendung reduzieren. Dies führt gleichzeitig zu Müllvermeidung und Ressourcenschonung.

Wird Ihre Partei Themen der klimagerechten Ernährung für pädagogisches Personal in zertifizierten Fortbildungen anbieten und in der Ausbildung pädagogischen Personals verankern? Und werden Sie

BNE inkl. Umweltauswirkungen des Ernährungssystems in den Lerninhalten unserer Schulen institutionalisieren?

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich bei Lebensmitteln einen besseren Überblick, um souverän mit Fragen der gesunden Ernährung umgehen zu können. Wir setzen uns deshalb für ein umfassendes Angebot von öffentlich zugänglichen Informationen ein. Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln, auch um die Wertschätzung für gute Lebensmittel zu steigern. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen.

In Regierungsverantwortung konnten wir die Aktivitäten im Bereich der BNE in den letzten Jahren steigern. Das BNE-Landesnetzwerk ist seit 2017 mit anfangs 20 BNE-Regionalzentren auf 25 im Jahr 2021 erhöht worden. Im Jahr 2020 haben wir in Regierungsverantwortung eine aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, welche ihr Handeln am Leitprinzip der Nachhaltigkeit ausrichtet. Die weiterentwickelte Strategie orientiert sich eng an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Weiterhin wurde ein Nachhaltigkeitsbeirat eingesetzt, der die Umsetzung, Evaluierung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie begleitet.

Wird Ihre Partei die Wirtschafts- und Strukturprogramme für das Rheinische Revier auf den aktiven Beitrag zu einem zukunftsfähigen Ernährungssystem für NRW ausrichten sowie Auf- und Ausbau qualitativer und nachhaltiger Ernährungssicherheit für NRW in dieser Region mit erstklassigen Böden schaffen?

Aufgabe der Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu setzen und den Strukturwandel, insbesondere im Ruhrgebiet und im Rheinischen Revier, erfolgreich zu gestalten. Wir wollen ein Land der Strukturwandel-Gewinner werden. Veränderung darf kein Angstwort sein, sie muss als Chance verstanden und ergriffen werden. Die Jahrhundertaufgabe einer Transformation des Rheinischen Reviers wollen wir zu einer Jahrhundertchance machen und dafür sorgen, dass sich in der Region der erfolgreichste Strukturwandelprozess Europas vollzieht. Gerade im Bereich Ernährung und Landwirtschaft gibt es viele Gründerinnen und Gründer, die Ideen für nachhaltige und innovative Konzepte verfolgen. Wir wollen sie dabei unterstützen. In Regierungsverantwortung haben wir beschlossen, dass in Zukunft Biotop, die als notwendige Ausgleichsmaßnahmen für die Nutzung von Flächen entstehen, intelligent miteinander vernetzt werden sollen. So erreichen wir eine wesentlich höhere biologische Wertigkeit und steigern damit die Artenvielfalt. Das "Rheinische Revier" kann so als Vorbild für andere Kommunen im ganzen Land dienen, zum Vorteil für Natur und Tierwelt.